

# Wollen wir die Chance packen?

**A**m 28. Februar haben wir die grosse Gelegenheit uns als verlässliche, solidarische und eine den Rechtsstaat unterstützende Gesellschaft zu zeigen. Die Chance hier klar Position zu beziehen sollten wir packen, doch die nationalen und internationalen Strömungen lassen Zweifel aufkommen.

**W**ir sind entsetzt, wenn wir das internationale Leid hungernder Menschen über die Medien in unsere so beschaulichen Stuben kommen. Wir können wissen, dass es in der Welt Menschen gibt, die 80 Prozent ihrer Finanzen für Lebensmittel einsetzen müssen, bei uns sind es knapp 7 Prozent. Wir können also weit mehr in unser Wohlfühlen investieren, Gedanken mit denen sich eine viel zu grosse Mehrheit gar nie beschäftigen kann. Hier geht es ums reine Überleben. Zynisch ist es, wenn wir unser Wohlfühlen durch Spekulationsgewinne auf Nahrungsmittel zusätzlich sichern und auf der anderen das Leid ausserhalb von uns verstärken. Auch unsere wohlthätigen Spenden können uns nicht von aller Schuld reinwa-

schen. Wer also die Ursachen und nicht nur die Auswirkungen eindämmen will, muss ein klares Ja zum Stopp der Spekulation mit Nahrungsmitteln einlegen. Packen wir die Chance für ein ethisch korrektes Handeln.

**W**ir sind entsetzt, wenn in Polen ein Verfassungsgericht mir nichts, dir nichts von der neuen Regierung entmachtet wird. Die Schweiz steht hier noch auf kleinem Weg, denn wir haben nicht mal ein Verfassungsgericht, welches die Leitlinien für rechtsstaatliches Handeln sein müsste. Das Entsetzen wird aber ganz absurd, wenn wir einer Politik zustimmen, welche die gleichen Ziele verfolgt. Eine Politik, die mehrere Klassen von Menschen unterscheidet – eine Politik, die manche nur wegen der Farbe des Passes schlechter stellen möchte – eine Politik, welche über den Gerichten Recht und Unrecht sprechen will. Wir haben es in der Hand hier ein klares Zeichen zu setzen und ich bin hoffnungsvoll, denn ich glaube nicht, dass wir uns mit Ungarn und Polen ins gleiche unrechtsstaatliche Lotterbett legen

wollen. Diesen Mief sollten wir uns nicht zumuten.

**A**ls drittes sind wir entsetzt, wenn bei uns die Arbeitslosigkeit steigt, weil die hier Arbeitenden nicht durch verlässliche Gesetze vor Willkür und Dumping geschützt werden. Liebe FDP, das ist keine weitere unnötige Regulierung, das ist einfach nur die Sicherstellung eines normalen ethischen und moralischen Handelns. Seines Glückes eigener Schmid kann nur sein, wer anständig entlohnt wird, sonst gibt es gar nichts zu schmieden. Wir wollen nicht die Schurken, sondern die verantwortungsvollen Unternehmen schützen. Es kann nicht sein, dass alles so dereguliert wird, dass zwielichtige Subunternehmen uns wichtiger sind als unsere eigene Bevölkerung. Wer also die Schweiz wirklich im innersten Stärken will, sorgt mit einem Ja zu Lohndumping-Initiative, dass nicht der abstrakte Unternehmensgewinn, sondern die Menschen im Zentrum stehen.

Christoph Baumann,  
17.1.2016, 115. Jahrgang, Nr. 17.